LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21613**

06.10.2026

Neudruck

Antrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

65 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei: Lebensleistungen würdigen und gemeinsame Zukunft gestalten

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Zuwanderung hat in unserem Land eine lange Geschichte und hat seine Vielfalt geprägt. Eine besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die sog. Anwerbeabkommen. Die noch junge Bundesrepublik brauchte Arbeitskräfte als eine Antwort auf die Bedarfe der wachsenden deutschen Wirtschaft. Im Jahr 1961, also vor 65 Jahren, wurde das Anwerbeabkommen mit der Türkei geschlossen. Das Abkommen steht in einer Reihe mit weiteren Anwerbevereinbarungen, unter anderem mit Italien, Spanien, Griechenland, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und dem damaligen Jugoslawien. Bis 1973 kamen auf dieser Grundlage rund 870.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Türkei in die Bundesrepublik. Sie alle bildeten die kulturelle und auch religiöse Vielfalt ihres Herkunftslandes ab. Viele fanden im Rheinland und im Ruhrgebiet Arbeit, insbesondere in Bergbau, Stahlindustrie und Fahrzeugbau. Sie haben den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes entscheidend mitgetragen und Nordrhein-Westfalen gesellschaftlich und kulturell bis heute geprägt.

Die Lebensleistungen dieser Menschen verdienen Respekt und Dank. Sie verließen ihre Heimat und leisteten schwere Arbeit, um sich und ihren Familien ein besseres Leben aufzubauen. Dafür nahmen sie Entbehrungen, Einsamkeit und die Trennung von ihren Angehörigen auf sich. Frauen prägten diese Geschichte als angeworbene Arbeitnehmerinnen ebenso wie durch ihre vielfach wenig sichtbare Sorge- und Familienarbeit

Aus einem Aufenthalt auf Zeit wurde für viele ein Leben in einer neuen Heimat. 1964 entfiel die ursprüngliche Begrenzung des Aufenthaltes auf zwei Jahre und im selben Jahr wurde der Familiennachzug ermöglicht. Daraufhin blieben viele, holten ihre Familien nach und bauten sich in Nordrhein-Westfalen eine Zukunft auf. Politik und Verwaltung waren lange nicht auf diese Entwicklung eingestellt und daher fehlten zunächst Strukturen für Integration und gleichberechtigte Teilhabe. Viele Eingewanderte waren zudem mit schwierigen Wohn- und Arbeitsbedingungen, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert. Politik und Verwaltung haben die Menschen beim Ankommen dabei lange nicht ausreichend unterstützt. Fehlende Integrationsmöglichkeiten und fehlendes Verständnis für ihre Entbehrungen erschwerten es ihnen, hier eine neue Heimat zu finden.

Datum des Originals: 06.10.2026/Ausgegeben: 13.10.2026 (06.10.2026)

So ist die Geschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in unserem Land eine Geschichte des Zusammenwachsens und Gelingens, aber eben auch eine von Hürden und schwierigen Lebensbedingungen.

Die Strukturen verbesserten sich mit der Zeit und die Bedeutung von Integration und Teilhabe wurde zunehmend gesellschaftlich erkannt und anerkannt. Betriebe und Gesellschaft leisteten gemeinsam mit den Eingewanderten wichtige Integrationsarbeit. Im Arbeitsalltag förderten Arbeitgeber, Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften das Miteinander. Berufliche Bildung eröffnete Aufstiegschancen. Die Eingewanderten gestalteten diese Entwicklung selbst mit. Auch Kommunen, Schulen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten und Ehrenamtliche unterstützten beim Ankommen.

Die Geschichte der Einwanderung aus der Türkei ist ein Teil der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Bereits Ende der 1980er Jahre fanden sich engagierte Menschen mit biografischem Türkeibezug zusammen, um die Geschichte und Geschichten der Eingewanderten zu bewahren und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aus diesen Anfängen ist DOMiD, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland, entstanden. Dieses einzigartige Projekt erzählt die vielfältige Geschichte Nordrhein-Westfalens aus der Perspektive von Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen hierhergekommen sind.

Die rund eine Million Menschen mit familiären Bezügen in die Türkei gehören selbstverständlich zu Nordrhein-Westfalen und gestalten unser Land mit. Sie übernehmen Verantwortung in Politik, Wirtschaft, öffentlichem Dienst, Wissenschaft, und Ehrenamt. Mit ihren Unternehmen schaffen sie Arbeits- und Ausbildungsplätze und stärken den Mittelstand. Ihre Beiträge zu Kultur, Sport und Vereinsleben prägen unsere gemeinsame Heimat. Ihre unterschiedlichen kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Prägungen gehören zur Vielfalt unseres Landes. Zugehörigkeit und gleichberechtigte Teilhabe bemessen sich dabei nicht allein am wirtschaftlichen oder beruflichen Beitrag eines Menschen. Sie sind Grundlage einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft.

Zugehörigkeit muss im Alltag spürbar sein. Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte erleben bis heute Vorurteile, Rassismus und Ausgrenzung. Sie haben das Gefühl, nicht richtig dazuzugehören. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat dies beim Festakt am 18. September 2026 anlässlich des 65. Jahrestages des Anwerbeabkommens mit der Türkei angesprochen und zum entschiedenen Einsatz gegen Vorurteile und Ausgrenzung aufgerufen.

Der rechtsextremistische Brandanschlag von Solingen 1993 wie auch die Anschläge des Terrornetzwerks NSU waren tiefgreifende Einschnitte in unsere Einwanderungsgesellschaft und erschütterten das Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl der Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Erinnerung an diese Angriffe verpflichten uns dazu, Rassismus und menschenfeindlichen Einstellungen entschieden entgegenzutreten und Betroffene von Diskriminierung zu stärken. Mit dem neuen Landesantidiskriminierungsgesetz erhalten Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr Schutz vor Diskriminierung.

Die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei leben von Menschen, die beiden Ländern verbunden sind. Familienkontakte, Städtepartnerschaften, die engagierte Zivilgesellschaft sowie wirtschaftlicher und kultureller Austausch schaffen Vertrauen. Auch Menschen, die in die Türkei zurückkehren oder dort berufliche Wege einschlagen, bringen ihre Erfahrungen und Kontakte ein. Heimat in Nordrhein-Westfalen und Verbundenheit mit der Türkei lassen sich miteinander leben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei sind ein wichtiger Bestandteil der gewachsenen Partnerschaft beider Länder. Unternehmen sind durch Handel, Investitionen und Lieferketten eng miteinander verbunden. Eine verlässliche, nachhaltige und regelbasierte wirtschaftliche Zusammenarbeit bietet Chancen für Beschäftigung und Innovation. Sie steht zugleich im Zusammenhang mit den gemeinsamen Erwartungen an Rechtsstaatlichkeit, faire Wettbewerbsbedingungen sowie soziale und ökologische Standards.

Zur Partnerschaft mit der Türkei gehört ein offener Dialog über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte selbstverständlich dazu. Gleiches gilt für die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit und die Rechte von Minderheiten. Eine unabhängige Justiz und die freie Betätigung der demokratischen Opposition sind unverzichtbar. Politische Auseinandersetzungen müssen rechtsstaatlich und ohne Einschüchterung geführt werden. Dabei kommt dem Austausch mit demokratischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Wissenschaft, Medien und Menschenrechtsorganisationen eine besondere Bedeutung zu.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Lebensleistungen der Eingewanderten und ihrer Familien verdienen bleibende Anerkennung und Dank. Sie haben Nordrhein-Westfalen geprägt und wesentlich zu seinem Wohlstand beigetragen.
- Menschen mit familiären Bezügen in der Türkei gehören selbstverständlich zu unserer gemeinsamen Heimat. Gleiche Chancen und gesellschaftliche Teilhabe müssen allen offenstehen. Leistung und unternehmerische Initiative verdienen Anerkennung. Zugleich sind gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.
- Integration ist eine gemeinsame Leistung von Eingewanderten, Betrieben, Politik und Gesellschaft. Teilhabe, Bildung und Verantwortung füreinander stärken den Zusammenhalt.
- Die Zusammenarbeit mit der Türkei und das Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gehören zusammen. Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit, eine unabhängige Justiz und die Rechte von Minderheiten und der demokratischen Opposition sind im Dialog klar anzusprechen, um die gewachsenen partnerschaftlichen Beziehungen auch künftig konstruktiv weiterzuentwickeln.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

- den 65. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum Anlass zu nehmen, die Lebensleistungen und Erfahrungen der ersten Generation und ihrer Nachkommen gemeinsam mit Kommunen, Betrieben, Sozialpartnern, migrantischen Organisationen und Ehrenamtlichen sichtbar zu machen und zu würdigen;
- die Lebensgeschichten der ersten Generation zu bewahren und kommenden Generationen zu vermitteln, gemeinsam mit den Menschen und ihren Familien, dem Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen, der Landeszentrale für politische Bildung und DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland;
- gleichberechtigte Bildungs-, Ausbildungs- und Aufstiegschancen für Menschen mit Einwanderungsgeschichte gemeinsam mit Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und weiteren zivilgesellschaftlichen Partnern zu stärken und migrantisches Unternehmertum im Rahmen bestehender Angebote zu unterstützen;

- die Zugehörigkeit und Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu stärken und insbesondere gemeinsam mit Kommunen, Bildungseinrichtungen, Betrieben migrantischen Selbstorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen Vorurteilen, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegenzutreten;
- den Austausch mit der Türkei durch Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen und Kooperationen zu pflegen und die Erfahrungen und Netzwerke der Menschen einzubeziehen, die beiden Ländern verbunden sind;
- im Austausch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern in der Türkei den Dialog über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie Presse- und Meinungsfreiheit, eine unabhängige Justiz und die Rechte der demokratischen Opposition fortzuführen;
- die gewachsene wirtschaftliche Partnerschaft mit der Türkei durch die Vernetzung von Unternehmen weiterzuentwickeln, dabei insbesondere die Zusammenarbeit bei Innovation, nachhaltiger Transformation und resilienten Lieferketten zu stärken.

Thorsten Schick	Jochen Ott	Wibke Brems
Matthias Kerkhoff	Ina Blumenthal	Mehrdad Mostofizadeh
Klaus Voussem	Lisa-Kristin Kapteinat	Jule Wenzel
Daniel Hagemeier	Volkan Baran	Josefine Paul
		Antje Grothus
		Berivan Aymaz
und Fraktion	und Fraktion	und Fraktion